

Jenseits des bildungspolitischen Tunnelblicks

Von Friedemann Vogel

Erschienen in: Frankfurter Allgemeine Zeitung am 23.07.2009

Die schwarz-rot-gelbe Bildungspolitik von Bund und Ländern der vergangenen Jahre kennzeichnet ein Tunnelblick: Sie ist nicht geleitet von einem explizit formulierten Konzept dessen, was Bildung für unsere Gesellschaft bedeuten könnte und sollte, sondern implizit überwiegend von ökonomisch-bürokratisch orientierten Überlegungen. Die Auswirkungen ihrer diversen Reformen für die tatsächlichen Lehr- und Lernbedingungen vor Ort sind den bildungspolitischen Akteuren weitestgehend unbekannt. Die Betroffenen fühlen sich dabei häufig als lehrende „Produzenten“ oder belernte „Produkte“ herabgesetzt und nicht als die „Zukunft unserer Gesellschaft“ ernst genommen.

Die Probleme im Studium beginnen bereits bei der individuellen Finanzierung: Wer aus einem sog. „bildungsferneren“ Haushalt entstammt, riskiert nach dem Gymnasium immer seltener ein Studium: Zu groß sind die Ängste vor Überschuldung durch Studiengebühren, bei zeitweise „sozialem“ 6,5 Prozent effektivem KfW-Kreditzins und den Risiken auf dem derzeit mehr als unsicheren Arbeitsmarkt.

Daran ändern auch weder BaföG noch etwaige Studienstipendien etwas. Es klingt für Studierende wie Hohn, sehen sie das BMBF sich mit der Erhöhung der BaföG-Sätze 2008 schmücken: Denn erstens wurde eine Erhöhung unter anderem von Frau Schavan seit 7 Jahren verhindert, und zweitens reichen diese zusätzlichen Mittel bei den fortwährend gestiegenen Lebenshaltungskosten kaum aus, um das bisherige Defizit der Betroffenen auszugleichen. Die Folge ist, dass viele Studierende zur Ergänzung ihres BaföGs zusätzlich arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Damit fehlt nicht nur wieder Zeit; die vielen Jobs rauben auch Kräfte, die eigentlich zum Lernen und zur Entwicklung eigener Themenschwerpunkte benötigt würden.

Wer Glück hat, ergattert eines der wenigen Stipendien. Allein, die Anhebung der Rate an Schul- und Studienstipendien, die Schavan nicht müde wird hervorzuheben, kompensiert nicht die Probleme (HIS 2009): die Geförderten kommen schon „überdurchschnittlich häufig aus hochschulnahen“ und damit i.d.R. besser verdienenden Familien; 42 Prozent aller Geförderten erhalten daher nur Büchergeld und nur ein Viertel erhält das Vollstipendium.

Doch aus der chronischen Unterfinanzierung der Bildungseinrichtungen resultieren noch viel gravierendere Probleme. Deutschlands Anteil der Bildungs- an den Gesamtausgaben des Staates beträgt laut OECD-Bericht 2008 gerade einmal knapp 10 Prozent (OECD-Durchschn.: 13%), die Gesamtbildungsausgaben gemessen an ihrem Anteil am BIP sind sogar effektiv zurückgegangen (Bildungsfinanzbericht 2008). Damit lassen sich unmöglich alle Lernwilligen versorgen, die Stellensituation insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften ist teilweise katastrophal: Seminare sind überfüllt; Frontalunterricht ersetzt kontroverse Diskussion und kollektive Erarbeitung komplexer Sachverhalte; Hausarbeiten können nicht mehr in Gänze korrigiert, individuelle Feedbacks nicht mehr gegeben werden; Lehrende sind teilweise völlig erschöpft, können ihren Forschungsverpflichtungen und damit inhaltlichen und didaktischen Innovationsanforderungen nicht mehr nachkommen, reagieren schließlich mit Rückzug. Der Selbstanspruch vieler Lehrender, allen ihren Studierenden eine gute Ausbildung bieten zu wollen, scheitert immer öfter an der Kurzsichtigkeit der Bildungspolitik.

Vor diesem Hintergrund empfinden sich die Lernenden nicht mehr als Individuen, sondern als störende „Massen“, die selektiert und verwaltet werden müssen. So auch, wenn Zulassungsbeschränkungen und Auswahltests eingeführt werden. Sog. „Eignungsfeststellungsverfahren“ wählen gänzlich intransparent und unkontrolliert jene aus, die im Grunde schon wissen, was sie eigentlich erst lernen sollen. Doch mit der Selektion steigt der Konkurrenzdruck unter den Lernenden: KommilitonInnen werden nicht mehr als Weggefährten bei der Erkundung neuer Lerninhalte, sondern als Bedrohung wahrgenommen. Darum werden auch Bibliotheksbücher versteckt, um sich Vorteile gegenüber Anderen zu sichern. Lernbegeisterung und Interesse an neuen Sachverhalten werden dabei genauso nachhaltig zerstört wie soziale Netze; „Versager“ räumen trotz Bestnoten das Feld.

Verschärft wird diese Situation durch die aktuelle Umstellung der Studiengänge auf BA/MA. Unter massivem Zeitdruck wurden häufig lediglich die Inhalte von 9 auf 6 Semester verdichtet und umbenannt. Die Studienpläne sind nicht einmal innerhalb eines Bundeslandes kompatibel, was die Mobilität der Studierenden massiv beeinträchtigt. Von einer Anpassung der Lehr- und Lernkontexte an die modularisierten Studiengänge keine Spur. Im Gegenteil: das Studium wurde verschult und mit einer Unzahl an Prüfungsläufen versehen. Zehn Hausarbeiten und Klausuren pro Semester sind keine Seltenheit. Lernen verkommt zu einer, wie es die Lernenden selbst nennen: „Wissens-Bulimie“. Es zählt nur der „Outcome“, das, was am Ende auf dem Arbeitsmarkt anwendbar ist. Und das ist nicht mehr, sondern mit BA/MA weniger, wie die Industrie wiederholt monierte. Das Studium beherrscht daher inzwischen die Angst, trotz zügigen Studierens und Bestnoten, keinen Arbeitsplatz zu finden. - Viele Studierende sind darum früh erschöpft, „ausgebrannt“, nehmen Psychopharmaka oder schreiben verzweifelt in Online-Foren: „Ich will ja, aber ich kann einfach nicht mehr.“ Studieren als Gesundheitsrisiko? - In einigen Fächern wird nun nachgebessert. Aber die Betroffenen fühlen sich dabei wie „Versuchskaninchen“.

Die Bildungspolitiker bemerken davon nichts, verweisen stattdessen auf ihre Leuchttürme: die Mittel der Exzellenzinitiative jedoch sind nicht nur befristet, sie kommen ausschließlich der Forschung zu Gute. Die Lernenden sehen durch die kurzlebige Finanzspritze keine Verbesserung ihrer Situation, eher eine Verschlechterung: denn die Drittmittelanträge müssen von den bereits ausgelasteten Lehrenden erst geschrieben werden. Das kostet Zeit, die ihnen in der Lehre fehlt. Das Ungleichgewicht an Kompensationsressourcen zwischen den Disziplinen ist dabei nicht zu übersehen: Zuweilen stehen einem oder keiner Assistenz eines geisteswissenschaftlichen Lehrstuhls bis zu 18 Assistenten eines naturwissenschaftlichen Lehrstuhls gegenüber.

Die Lernenden registrieren sehr genau, dass die Bildungspolitik ihnen derzeit jede Chance nimmt, ihren Beitrag zum Gelingen einer innovativ-demokratischen Gesellschaft leisten zu können. Sie protestieren inzwischen auf der Straße für eine breite, auf die Förderung individueller Urteilsfähigkeit hin orientierte Bildung. Allein, es fehlt in einigen Bundesländern selbst die Möglichkeit, die Erfahrungen der Studierenden durch verfasste Mitbestimmungsrechte einbringen zu können. Es ist höchste Zeit, dass sich die BildungspolitikerInnen mit der Kritik von Lehrenden und Lernenden sowie den Problemen vor Ort auseinandersetzen, anstatt von hohen Gipfeln und Kongressen zu lamentieren oder sich hinter der Finanzpolitik zu verstecken.

Friedemann Vogel, 16.07.2009

(6988 Zeichen inkl. Leerzeichen)

